

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 pbbn d

Inhalt

Jürgen Vahlberg MdB zu Bangemanns „Ersatzlösung“ für das Eigenkapitalhilfeprogramm: Muckefuck für Existenzgründer

Seite 1

Horst Sielaff MdB zur Kritik an den deutschlandpolitischen Passagen des CDU-Strategiepapiers: BdV-Kritik soll Frau Wilms treffen.

Seite 3

Monika Ganseforth MdB und Edelgard Buhmann MdB zur geringen Frauenpräsenz in Großforschungseinrichtungen: Regierung muß gegen massive Benachteiligung vorgehen.

Seite 4

Dr. Volker Hauff MdB zum Grundsatzpapier einer CDU-Kommission zum Ausstieg aus der Kernenergie: Mit Denkverboten ist Zukunftsgestaltung nicht möglich.

Seite 5

Dokumentation:

Gemeinsame Information der Parlamentariergruppe des Sejms „Volksrepublik Polen/Bundesrepublik Deutschland“ und der „Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe des Bundestages“.

Wortlaut

Seite 6

43. Jahrgang / 39

26. Februar 1988

Muckefuck für Existenzgründer

Bangemanns „Ersatzlösung“ für das Eigenkapitalhilfeprogramm

Von Jürgen Vahlberg MdB

Bundevorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)

Muckefuck ist bekanntlich eine „Ersatzlösung“ für Kaffee - und so schmeckt er auch. Ähnliches läßt sich im Grunde über die Qualität aller Surrogate sagen: Sie versuchen, etwas vorzutäuschen, das sie nicht sind. Da gibt es uns zu denken, daß der Bundesminister für Wirtschaft durch den FDP-Generalsekretär Haussmann jetzt eine „Ersatzlösung“ für das Eigenkapitalhilfeprogramm vorstellen läßt, das nach dem Willen der Bundesregierung Ende 1988 auslaufen soll.

Mit dem Eigenkapitalhilfeprogramm, das zu Helmut Schmidts Regierungszeit ins Leben gerufen wurde, sollten „Existenzgründern im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe zusätzliche risikotragende Mittel zur Verstärkung der Eigenkapitalbasis für angemessene und erfolgversprechende Existenzgründungen zur Verfügung gestellt werden“, wie es in den Richtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft heißt. Mangelndes Eigenkapital

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mfl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertrieben durch
die Kommission für
Presse- und
Kunstverteilung



war immer das Haupthindernis auf dem Weg zu Unternehmensgründungen. Um dem abzuwehren, wurden im Rahmen des Programms zinsvergünstigte Darlehen mit Eigenkapitalcharakter zur Verfügung gestellt. Die Darlehensmittel wurden von der Deutschen Ausgleichsbank auf dem Kapitalmarkt aufgenommen; der Bund verbilligte die Mittel in den ersten fünf Jahren durch Zinszuschüsse und sicherte außerdem das Risiko der Deutschen Ausgleichsbank durch eine Ausfallgarantie ab.

Das Programm erwies sich als Erfolg: Seit seinem Bestehen im Jahr 1979 bis Mitte 1987 wurden über 50.000 Existenzgründungen gefördert, wobei pro Gründung im Rahmen des EKH-Programms durchschnittlich 4,6 Arbeitsplätze geschaffen beziehungsweise erhalten werden konnten. Dies summiert sich für den Zeitraum von 1979 bis 1987 auf circa 230.000 Arbeitsplätze, für die der Bund Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt in Höhe von insgesamt 296,5 Millionen DM zur Verfügung stellte. Damit kostete jeder Arbeitsplatz, der hier neu geschaffen wurde, den Steuerzahler nur 1.290 DM.

Das aber scheint der Bundesregierung zu viel zu sein. Und wie üblich spart sie bei den Kleinen. Ab 1989 nämlich sollen sich Existenzgründer bei ihrer jeweiligen Hausbank ein persönliches Darlehen mit Eigenkapitalcharakter besorgen, wenn sie an die Gründung eines neuen Unternehmens gehen wollen. Die Deutsche Ausgleichsbank soll dafür eine vom Bund abgesicherte Bürgschaft mit einem Selbstbehalt der Hausbank von etwa zehn Prozent übernehmen. Der „Gründer“ wird dafür jährlich eine Bürgschaftsprovision von circa 0,5 Prozent der Darlehenssumme zahlen müssen - nicht zu vergessen: Die üblichen Darlehenszinsen. Im Endeffekt werden Existenzgründungsdarlehen die „Neueinsteiger“ erheblich teuer kommen als die bisher vergebenen Eigenkapitalhilfe-Darlehen.

Mit anderen Worten: Wenn Bangemann & Co. von einer Ersatzlösung für das Eigenkapitalhilfe-programm sprechen, so sind sie im Begriff, einen miesen Etikettenschwindel aufzuziehen, der die mittelständische Wirtschaft ebenso teuer zu stehen kommen wird wie den Arbeitsmarkt.

(-/26.2.1988/vo-ho/rs)

* * *

BdV-Kritik soll Frau Wilms treffen

Zur Kritik an den deutschlandpolitischen Passagen des CDU-Strategiepapiers

Von Horst Sielaff MdB

Vorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Mit der Kritik des Bundes der Vertriebenen (BdV) am CDU-Papier „Unsere Verantwortung in der Welt - Christlich-demokratische Perspektiven zur Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik“ soll offensichtlich insbesondere auch die Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Frau Wilms, getroffen werden. In einer Presseerklärung des BdV wird scharf kritisiert, daß nicht Personen wie der BdV-Präsident Czaja, der Parlamentarische Staatssekretär des innerdeutschen Ministeriums, Hennig, der BdV-Vizepräsident Sauer und der Präsident des Bundes der Mitteldeutschen, Wilz MdB, in der Kommission mitarbeiten durften. Die Belange der Betroffenen scheinen dem Bund der Vertriebenen schlecht vertreten, wenn nicht „in Zukunft die im Vertriebenenbereich Verantwortung tragenden Deutschlandpolitiker der Union zur Beratung der Deutschlandpolitik hinzugezogen werden“, klagt BdV-Generalsekretär Koschyk.

Daß Frau Wilms höchstpersönlich an der Arbeit der Kommission beteiligt war, das verschweigt der BdV. Offensichtlich wird die Kompetenz Ihres Staatssekretärs Hennig jedoch höher eingeschätzt und er als versierterer Gesprächspartner angesehen. „Daß die im Vertriebenenbereich Verantwortung tragenden Deutschlandpolitiker der Union von der Mitarbeit an dem Papier ausgeschlossen worden sind, zeugt von einem unverzeihlichen Managementfehler des Konrad-Adenauer-Hauses.“ ...„Daß auch der Vorsitzende der CDU-eigenen „Ost- und Mitteldeutschen-Vereinigung“, Dr. Herbert Hupka, nicht in die Kommission berufen wurde, legt die Vermutung nahe, daß manche im Konrad-Adenauer-Haus vielleicht „doch eine Kurskorrektur auf kaltem Wege im Sinne hatten“, heißt es weiter im Koschyk-Artikel des „Ostdienstes“.

Möglich, daß der BdV immer noch nicht verschmerzt hat, daß kein Vertriebenenfunktionär Minister für Innerdeutsche Beziehungen wurde und Frau Wilms nicht als Fachfrau empfunden wird.

Die Zusammensetzung der Kommission, die dieses CDU-Papier erarbeitet hat, zeigt auch, daß die Bedeutung des BdV und seiner Funktionäre auch innerhalb der Regierungskoalition rapide abgebaut wird. Der Realismus des Außenministers und seiner Partei in der Deutschland- und Ostpolitik scheint sich in der Regierungskoalition durchzusetzen.

Die Parteistrategen der CDU haben offenbar erkannt, daß der Kurs der sozialliberalen Ost- und Entspannungspolitik der einzig gangbare Weg ist, um die Grenze zwischen Ost und West durchlässiger zu machen, und die bundesdeutsche Bevölkerung ein Zurück in Zeiten des Kalten Krieges - wie es einige Vertriebenenfunktionäre betreiben - nicht akzeptieren würde. (-/26.2.1988/vo-he/rs)

* * *

Kaum Frauen in Großforschungseinrichtungen

Die Bundesregierung muß diesen Zustand ändern

Von Monika Ganseforth MdB und Edelgard Bulmahn MdB
Mitglieder des Ausschusses für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages

Forschungseinrichtungen als Arbeitsplatz sind noch immer eine Männerdomäne - für Frauen scheint kein Platz zu sein. Dies ergab unsere Nachfrage. Wir hatten die nicht vorhandene Aufschlüsselung nach Geschlecht im jährlich erscheinenden Faktenbericht zum Bundesbericht Forschung kritisiert und um Aufklärung gebeten.

Die Antwort auf unsere Frage macht deutlich, warum offensichtlich kein Interesse bestand, diese Daten zu veröffentlichen - schmücken kann sich niemand mit den hier zu Tage tretenden Fakten: Frauen stellen insgesamt nur 9,9 Prozent (absolut = 638 Frauen) des wissenschaftlichen Personals. Die DFVLR, größte Arbeitgeberin, bildet mit einem Anteil von 4,8 Prozent dabei zusammen mit IPP und DESY, das Schlußlicht der 13 untersuchten Großforschungseinrichtungen.

Das Bild verschlechtert sich noch einmal dramatisch, wenn man befristete und unbefristete Arbeitsverhältnisse gegenüberstellt. Es bleiben von den 638 beschäftigten Frauen nur 157 Frauen, die ein unbefristetes Arbeitsverhältnis haben, das heißt 3,4 Prozent. Dagegen haben 70 Prozent der männlichen Wissenschaftler ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

Auch der Blick auf den Nachwuchs gibt keinen Anlaß zu Optimismus. Der Anteil von Frauen an AGF-Nachwuchswissenschaftlern liegt bei 17,5 Prozent - und das, obwohl Frauen mittlerweile 30,4 Prozent der mathematischen und naturwissenschaftlichen Hochschulabsolventen stellen (35,9 Prozent Frauenanteil bei der Human- beziehungsweise Veterinärmedizin).

Wenn die Einstellungsquote von Frauen derartig hoch unter ihrem Anteil an den jeweiligen Hochschulabsolventen liegt, handelt es sich um eine massive Benachteiligung der Frauen. Wir wollen uns mit dieser Situation nicht abfinden und fordern die Bundesregierung und das Bundesministerium für Forschung und Technologie auf, ihren/seinen Einfluß geltend zu machen und konkrete Schritte zu unternehmen, um den Frauenanteil erheblich zu erhöhen.

Worte allein helfen den Frauen nicht -Taten sind notwendig!

(-/26.2.1988/vo-he/rs)

Mit Denkverboten ist Zukunftsgestaltung nicht möglich

Zum Grundsatzpapier einer CDU-Kommission zum Ausstieg aus der Kernenergie

Von Dr. Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundstagsfraktion

Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie

Seit einigen Tagen beherrscht ein Papier zur Energiepolitik einer Parteilkommission der CDU die Atomdebatte in der CDU. Die Kernaussage dieses Papiers lautet, daß wir „eine Zukunft ohne Kernenergie, aber auch mit immer weniger fossilen Energieträgern erfinden“ müssen.

Diese Kernaussage deckt sich auch mit der Position Umweltminister Töpfers, der in Interviews in jüngster Zeit bei der Nutzung der Kernenergie jetzt immer wieder von Übergangstechnologie spricht. Das ist ein positives Zeichen. Die Ausstiegssdiskussion hat endlich auch die CDU erreicht. Das ist auch nicht verwunderlich, bedenkt man, daß in der Bevölkerung seit Tschernobyl und jetzt wieder nach dem Atomskandal von Hanau mit großer Mehrheit ein geordneter Ausstieg aus der Atomenergie befürwortet wird.

Helmut Kohl versucht nun in verwirrender und vernebelnder Art, mit Denkverboten eine rationale Diskussion über die energiepolitische Zukunft zu stoppen. Wer die Zukunft gestalten will, der wird mit Denkverboten die Zukunft nicht gestalten.

Das Grundsatzpapier der CDU-Kommission - auch wenn es jetzt als „Vorbereitungspapier“ klassifiziert wird - stellt sich den Entwicklungen in der Kernenergie der letzten Jahre. Nach diesem Grundsatzpapier ist klar, daß mindestens die Wiederaufarbeitungsanlage und der Schnelle Brüter keinen Sinn mehr machen und daß mit dem Energiesparen und der Entwicklung regenerativer Energieträger endlich ernst zu machen ist. Diesen entscheidenden Punkt hat Herr Strauß richtig erkannt. Das erklärt seinen wütenden Protest. Nur Herr Kohl schweigt. Und sagt: „Kein Handlungsbedarf“ und „Weiter so“.

Helmut Kohl wird mit Denkverboten die rationale Diskussion über die Gefahren der Kernenergie weder in der Gesellschaft noch in der CDU stoppen können. Über kurz oder lang wird auch die CDU erkennen, daß eine Neubewertung der Kernenergie notwendig ist. (-/26.2.1988/vo-ha/rs)

DOKUMENTATION
=====

„Barrieren in den gegenseitigen Beziehungen abbauen“

Der Vorstand der Parlamentariergruppe des Sejms „Volksrepublik Polen/Bundesrepublik Deutschland“ war auf Einladung des Deutschen Bundestages am 23. und 24. Februar 1988 in Bonn, um mit den Mitgliedern der „Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe des Bundestages“ über den Ausbau der Zusammenarbeit beider Parlamente zu sprechen. Darüber wurde eine gemeinsame Information verfaßt, in der es heißt:

Die :Sejm-Abgeordneten nutzten diese Gelegenheit, um mit den Vorständen aller Fraktionen des Bundestages und mit Vertretern der Bundesregierung in einen Gedankenaustausch über die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten einzutreten.

Beide Parlamentariergruppen sind gewillt, auf der Grundlage des Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vom 7. Dezember 1970 am Prozeß der Normalisierung und Verständigung aktiv teilzunehmen und - soweit es in ihrem Einflußbereich geht - den Vertrag mit Leben zu erfüllen.

Die beiden Parlamentariergruppen unterstreichen in diesem Zusammenhang die weittragende Bedeutung des Dialogs zwischen Ost und West über Frieden, Sicherheit und Abrüstung in Europa. Sie begrüßen dabei ausdrücklich die Verhandlungsergebnisse zwischen den Weltmächten, sehen aber auch die Notwendigkeit von eigenständigen Bemühungen der Staaten in Europa, wie sie unter anderem mit dem „Jaruzelski-Plan“ aufgezeigt wurden.

Beide Gruppen hoffen, daß das sich nicht zuletzt seit dem Besuch von Bundesminister Genscher verbesserte Klima in den Beziehungen beider Staaten durch konkrete Schritte genutzt wird, um den Boden für einen für beide Seiten erfolgreichen Besuch von Bundeskanzler Dr. Kohl in der Volksrepublik Polen vorzubereiten.

Die Zeit scheint reif, zu einem tatsächlichen positiven Umbruch im Prozeß der Verständigung zu gelangen. Dabei sind sich beide Gruppen über objektive Schwierigkeiten einig; dennoch wissen sie, daß in beiden Staaten durch konkreten Einsatz auch der Parlamentarier manche Verbesserungen in der Zusammenarbeit möglich werden. Sie sind deshalb bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen gewillt, daran mitzuwirken, daß weitere Barrieren in den gegenseitigen Beziehungen abgebaut und neue Wege für ein zukunftsgerichtetes Miteinander beschritten werden.

Die beiden Gruppen wollen dabei ihren Beitrag zur Erweiterung der gegenseitigen Information der Parlamentsmitglieder in beiden Ländern leisten. Sie sehen in der Förderung der wissenschaftlich-technologischen Kooperation und der Unterstützung des grenzübergreifenden Umweltschutzes (hier mit den besonderen Schwerpunkten der Vermeidung weiterer Luft- und Gewässerbelastungen) eine gute Chance gemeinsamer parlamentarischer Aktivitäten.

Sie unterstützen die Wiederbelebung und Verbräuterung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit auf der Grundlage des langfristigen gegenseitigen Nutzens.

Unter den Notwendigkeiten eines besseren Zusammenwirkens verstehen beide Parlamentariergruppen nicht zuletzt die parlamentarische Begleitung der „Foren: Volksrepublik Polen/Bundesrepublik Deutschland“; sie nehmen sich vor, hier ihre eigenständigen Beiträge für die Meinungsbildung in ihren Ländern zu leisten.

Die Abgeordneten haben ihre Überlegungen über die Weise des Begehens des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges ausgetauscht; es wurde gleichzeitig der Wille unterstrichen, sich dabei an den Herausforderungen der Zukunft Europas zu orientieren.

Im übrigen nahmen die Vertreter des Deutschen Bundestages eine Einladung des Sejms an, im Herbst dieses Jahres der „Parlamentariergruppe Volksrepublik Polen/Bundesrepublik Deutschland“ einen Besuch abzustatten.

Hans Koschnick MdB, Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe

Stanislaw Bejger, Vorsitzender der Parlamentariergruppe Volksrepublik Polen/Bundesrepublik Deutschland

(-/26.2.1988/vo-he/rs)

* * *